

# Feuerprobe für die Demokratie

Warum der heilige Augustinus heute ein Attac-Mitglied wäre

VON HERIBERT PRANTL, MÜNCHEN

Die „Zivilgesellschaft“ ist so eine Art Heilsarmee der Demokratie. Sie besteht aus Wohlfahrtsverbänden, aus Stiftungen und aus vielen großen und kleinen Bürgerinitiativen. Die Zivilgesellschaft beantwortet eine Frage, die in Zeiten von anhaltend schlechten Nachrichten besonders beliebt ist: Wo bleibt eigentlich das Positive? Es gibt dieses Positive – nämlich Zehntausende sozialer und gesellschaftspolitischer Projekte im Land, die dort ansetzen, wo der Staat es nicht oder nicht mehr tut.

Sie machen Kultur; sie finanzieren, was der Staat nicht mehr finanziert. Sie kümmern sich – viel persönlicher als dies die beste staatliche Jobagentur kann – um Ausbildungsplätze für Jugendliche; sie leisten Hausaufgabenhilfe für ausländische Kinder; sie begleiten türkische Eltern zur Klassenversammlung; sie kriechen unter den Teppich, unter den Hartz IV die neuen Armen der Gesellschaft gekehrt hat, und sie tischen ihnen etwas zum Essen auf. Die Wiederkehr der Suppenküchen zeigt, wie groß der Mangel in Deutschland ist. Das ist das Negative. Die Zahl der Bedürftigen, die bei den Tafeln essen, hat sich seit Hartz IV verdoppelt. Weil das nicht einfach so weitergehen soll, gibt es Attac.

Die Arbeit von Stiftungen, Bürgervereinen und Tafeln kann nur eine Ergänzung des Sozialstaats sein. Der Staat hat seine Pflicht zu erfüllen, privates Engagement ist die Kür. Die Gesellschaft braucht dafür Kümmerer; und sie braucht Stiftungen und Vereine, die dieses Kümern organisieren und begleiten. Es gibt viele dieser Kümmerer, aber der Staat behandelt sie zu oft als nützliche Idioten. Die großen Verbände wiederum sehen diese Kümmerer zu oft eher als Störer denn als willkommene Helfer. Beim Wort „Zivilgesellschaft“



Aktion der Gruppe „Geld oder Leben“, Berlin 2007

kriegen viele Politiker einen barmherzig-gütigen Gesichtsausdruck; beim Wort „Attac“ friert ihnen dann die gute Miene wieder ein. Engagement braucht aber nicht nur Anfänger und Anreger, sondern auch Aufreger.

Attac ist Anreger und Aufreger. Attac will mit seinem Werben für die Trans-

aktionssteuer im Speziellen und für ein sozialverträgliches Wirtschaften im Allgemeinen dafür sorgen, dass der Sozialstaat finanziert werden kann. Das ist nicht einfach Wohltätigkeit, das ist Einsatz für die Demokratie. Sozialstaat und Demokratie gehören zusammen. Der Sozialstaat sorgt dafür, dass der

Mensch Bürger sein kann. Und Attac kämpft dafür, dass es nicht allein bei der Globalisierung des Kapitalismus bleibt, sondern daneben eine globalisierte soziale Verantwortung gestellt wird. Es geht darum, um das Attac-Mitglied Heiner Geißler zu zitieren, die soziale Marktwirtschaft zu internationalisieren.

In den Monaten der großen Wirtschafts- und Finanzkrise sind auf den Finanzmärkten viele Milliarden Dollar und Euro verbrannt. Noch viel schlimmer wäre es, wenn in dem Feuer auch noch das demokratische Grundvertrauen verbrannt würde. Es geht nicht nur darum, gigantische Geldlöcher zu stopfen, sondern auch darum, dass aus der Krise des globalen Kapitalismus nicht eine globale Krise der Demokratie wird. Die Dirigenten des internationalen Geldmarkts haben viel dafür getan, dass es so kommt. Sie haben erfolgreich versucht, die Politik demokratisch gewählter Regierungen ihrer Disziplin zu unterwerfen. Sie haben Regierungen genötigt, sie haben den Abbau von Kontrollen erzwungen – und sind gleichzeitig mit eigens gegründeten Zweckgesellschaften in die Nischen der Welt geflohen, in denen sie ihre riskanten Geschäfte noch besser verstecken konnten. Die Großmanager des Geldmarkts taten so, als sei die Demokratie eine Spielwiese für Kleinbürger, und als hätten Wahlkämpfe und Wahlen nur eine Funktion ähnlich der, wie sie „Brot und Spiele“ im alten Rom hatten.

Indes: Demokratie ist etwas ganz anderes, sie ist eine Gemeinschaft, die ihre Zukunft miteinander gestaltet. Die Dirigenten der Finanzmärkte haben sich aus diesem Miteinander ausgekoppelt. Attac versucht, diese Entkopplung wieder rückgängig zu machen. Die globale Ökonomie braucht eine globale politische Antwort.

„Ein Staat, dem die Gerechtigkeit fehlt, ist nichts anderes als eine große Räuberbande.“ Dieser Satz stammt nicht von der Gewerkschaft Verdi, nicht von der Linkspartei und nicht von Attac. Er stammt vom heiligen Augustinus. Vielleicht wäre der heute Mitglied bei Attac.

PROF. DR. HERIBERT PRANTL LEITET DIE REDAKTION INNENPOLITIK DER SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG.

## Große Wetten und größere Idioten

Wie die Deutsche Bank und andere von der Finanzkrise profitierten

VON FLORIAN MORITZ, BERLIN

Die einfachste Regel für Finanzinvestoren liefert die Greater Fool Theory – die Theorie des größeren Idioten. Sie besagt, dass man ruhig in wertlose Anlagen investieren kann, solange man einen größeren Dummkopf findet, der einem die Schrottpapiere teurer wieder abkauft.

Viele Banken verloren in der Finanzkrise Milliarden, weil sie so genannte Collateralized Debt Obligations (CDO) erworben hatten – Finanzvehikel, in denen faule US-Immobilienkredite im Wert von Milliarden Dollar gebündelt waren. Auf der anderen Seite dieser Geschäfte standen aber auch Gewinner. Sie waren nicht nur ihre Schrottpapiere losgeworden, sondern schlossen zusätzlich lukrative Wetten auf den Ausfall dieser Papiere ab.

Dazu kauften sie frühzeitig Kreditversicherungen, so genannte Credit Default Swaps (CDS). CDS funktionieren wie Feuerversicherungen – der Käufer zahlt eine Gebühr und bekommt dafür den Wert der versicherten Kredite ersetzt, wenn diese ausfallen. Im Unterschied zur Feuerversicherung auf das eigene Haus beziehen sich CDS aber oft auf Kreditpakete, die andere besitzen: CDS-Käufer versicherten sich also gegen Kredit-Ausfallrisiken, die sie gar nicht selbst eingegangen waren. CDS-Verkäufer luden sich die Risiken auf und machten so am Ende riesige Verluste.

Manche CDS-Verkäufer fanden aber selbst einen größeren Dummkopf: Die Investmentbank Goldman Sachs beispielsweise versicherte 2007 Kreditpakete in mehrstelliger Millionenhöhe für den Hedgefonds Paulson & Co. Goldman behielt die Kreditrisiken aus seinen CDS-Verkäufen aber nicht selbst, sondern verpackte diese Risiken in ein kompliziertes Investmentvehikel namens Synthetische CDO. Diese CDO verkaufte Goldman weiter – auch an die deutsche IKB-Bank, die auf den Risiken sitzen blieb und später vom Steuerzahler gerettet werden musste.

Die Komplexität von CDO machte sie für Spekulanten auf der Suche nach einem größeren Dummkopf so interessant: Ratingagenturen konnten oder wollten die Risiken der Schrottpapiere nicht erkennen und bewerteten sie deshalb als quasi risikofrei. Während die Käufer diesem Urteil blind vertrauten, wussten es die Verkäufer oft besser: Im Goldman-Fall hatte der Hedgefonds Paulson selbst darauf hingewirkt, dass sich der CDO auf besonders schlechte Kredite bezog. So ging Paulson sicher, dass die Kredite platzen und sich die Wette mit den CDS-Versicherungen auszahlt. Tatsächlich verdiente alleine der Chef des Hedgefonds damit 3,7 Milliarden Dollar im Jahr 2007.

Die Käufer des CDO verloren hunderte von Millionen. Und weil Goldman ihnen die Rolle Paulsons verschwiegen hatte,

musste die Bank mehr als eine halbe Milliarde Dollar zahlen, um ein Betrugsverfahren der US-Börsenaufsicht abzuwehren.

Auch die Deutsche Bank steht im Visier der US-Behörden. Wie Goldman verkaufte sie Schrottpapiere und wettete gleichzeitig auf deren Ausfall. Und wie Goldman kooperierte sie dabei mit Paulson und anderen Hedgefonds. Laut Internet-Journal ProPublica half die Deutsche Bank etwa dem Hedgefonds Magnetar bei Wetten gegen Immobilienkredite. Auf der Verliererseite stand dabei wieder die in Düsseldorf ansässige IKB, die offenbar regelmäßig als der größere Dummkopf für die Deutsche Bank agierte. US-Autor Michael Lewis zitiert einen Deutsche-Bank-Mitarbeiter, der auf die Frage, welcher Idiot die Risiken auf sich nehme, antwortete: „Düsseldorfer. Dumme Deutsche. Die nehmen die Ratingagenturen ernst.“

Diese Dummheit war ganz im Sinne der Bundesregierung: Jörg Asmussen, heute Finanz-Staatssekretär, hatte schon 2006 in einer Fachzeitschrift versprochen, dass „Institutionen keine unnötigen Prüf- und Dokumentationspflichten“ entstehen sollten, wenn sie in Produkte wie CDO „mit gutem Rating“ investieren. Dass ausgerechnet die IKB diese Freiheit, Greater Fool zu sein, nutzte, verwundert nicht: Asmussen saß auch im IKB-Aufsichtsrat.

FLORIAN MORITZ IST MITARBEITER DER LINKSFRAKTION IM BUNDESTAG.

Nicht jeder muss wissen, wo Ihr Geld ist.

Unsere Juristen und Banker helfen Ihnen, Steueroasen und Offshorezentren optimal zu nutzen.

Ob Delaware, Luxemburg, die Schweiz oder die Cayman Inseln: Wir pflegen mit allen Schattenfinanzplätzen gute Beziehungen.

Sprechen Sie uns an. Diskretion garantiert!

Ihre deutschen Banken in den Finanzoasen

WestLB | COMMERZBANK | LB&W

www.westlb.de